



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

19. Sitzung (öffentlich) (Sondersitzung)

1. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 10:45 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Information über den Verlauf des Zentralabiturs 2011

3

- Bericht der Landesregierung

An den Bericht der Ministerin für Schule und Weiterbildung,
Sylvia Löhrmann, schließt sich eine Aussprache an.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert **Vorsitzender Wolfgang Große Brömer** Frau Arnoldy zum Geburtstag und wünscht ihr im Namen des gesamten Ausschusses alles Gute für das kommende Lebensjahr.

(Beifall)

Sodann teilt der Vorsitzende mit, die CDU-Fraktion habe darum gebeten, diese Sondersitzung zum Thema Irritationen bei den Abituraufgaben durchzuführen. Zuvor habe die FDP-Fraktion zu der gleichen Thematik einen schriftlichen Bericht angefordert. Im Kreis der Obleute sei vereinbart worden, dass dieser Bericht in der Juli-Sitzung gegeben werden sollte. Der Antrag der CDU-Fraktion habe noch einen nachgeschobenen Anlass. – Die Weiterbildungskonferenz werde etwas später beginnen. Er hoffe, dass man mit dem vorgesehenen Zeitrahmen von einer Dreiviertelstunde auskommen werde.

Information über den Verlauf des Zentralabiturs 2011

- Bericht der Landesregierung

Die **Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann**, trägt vor:

Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die Einführung des Zentralabiturs war richtig für die Qualitätssicherung und Vergleichbarkeit des Abiturs in Nordrhein-Westfalen.

Auch in der Zeit, in der die Aufgaben dezentral entwickelt wurden, hat es Fehler gegeben. Die Folgen mussten dezentral für die betroffenen Schülerinnen und Schüler geregelt werden. Bei zentralen Prüfungen fällt potenziell jeder Fehler in der Aufgabenstellung auf, selbst kleinste Tipp- und Flüchtigkeitsfehler. In der Regel geschieht dies bereits am Vortag der Klausur, kurz nach dem Download der Arbeiten dank aufmerksamer und pflichtbewusster Lehrerinnen und Lehrer.

Es muss unser Ziel sein, dass nirgends in Nordrhein-Westfalen Schülerinnen und Schüler benachteiligt werden. Der negative Effekt ist die mediale Begleitmusik. Positiv ist es, dass es keinen regional unterschiedlichen Umgang mit Fehlern in den Aufgaben gibt. Fehler können nie zu 100 % ausgeschlossen werden. Das habe ich auch bei der Kritik an der Vorgängerregierung betont. Entscheidend ist aber, wie man mit Fehlern umgeht: Transparenz, kein Vertuschen, kein Schwarze-Peter-Spiel oder Schönreden und im Zweifelsfall eine schnelle Entscheidung im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

Schon als Oppositionspolitikerin war mir klar, dass, wenn ich einmal in die Gelegenheit kommen sollte, im Schulministerium die Verantwortung zu tragen, ich mit Fehlern offensiv umgehen und schnell dafür sorgen würde, dass diese auch nachvollziehbar gehandhabt werden. Nach diesen Vorsätzen habe ich mich auch in

den zur Debatte stehenden Punkten gerichtet. Das möchte ich Ihnen nun erläutern. Ich stelle mich gern Ihrer Kritik.

Ich stelle Ihnen heute in Bezug auf das Fach Mathematik die bislang aktenkundigen Ereignisse und Abläufe des diesjährigen Abiturdurchgangs dar, da dieses Fach erneut im Mittelpunkt der Probleme stand. Den Gesamtüberblick stellen wir dann, wie von der FDP-Fraktion beantragt, und von mir im Übrigen auch schon am 11. Mai in einer Pressemitteilung angekündigt, nach Abschluss der Abiturprüfung dem Ausschuss in einem schriftlichen Bericht dar.

Mathematik ist eines von 54 Fächern im Zentralabitur, in denen insgesamt rund 800 Aufgaben allein für die beiden Frühjahrstermine gestellt wurden. Fast alle diese Aufgaben waren offenbar nicht nur fehlerfrei, sie waren auch so gestellt, dass sie keinerlei Irritationen ausgelöst haben. Denn zwischen fehlerhaft und irritierend besteht ein gewisser Unterschied, auf den komme ich noch. Dennoch steht außer Zweifel – das habe ich von Anfang an unumwunden eingeräumt –, es hat bei diesen Aufgaben und den Unterlagen für die Lehrkräfte mehrere Fehler gegeben, überwiegend kleine Fehler, unter anderem auch orthografischer Natur, die keine oder zu vernachlässigende Auswirkungen auf die Prüfungen hatten. Sie sind ärgerlich, aber es ist nach meinem Wissensstand keinem Prüfling ein Schaden entstanden.

Nun zu den Details der Mathematikaufgaben und den damit verbundenen Problemen. Ärger, um es einmal so auszudrücken, hat in diesem Jahr die Grundkursklausur gemacht – genauer gesagt, einige der acht Aufgaben, die die Lehrkräfte zur Auswahl hatten. Denn, auch wenn wir vom Zentralabitur sprechen, ist es in Nordrhein-Westfalen ebenso wie in anderen Ländern mit Zentralabitur üblich, dass die Lehrkräfte Auswahlmöglichkeiten unter den zentral gestellten Aufgaben haben. Im Grundkurs waren es acht Aufgaben, von denen zwei gewählt werden mussten. Eine der Aufgaben musste aus dem Bereich der Analysis stammen, es standen drei Aufgaben zur Wahl.

Zunächst ist festzustellen, alle drei Aufgaben waren lösbar. Das heißt, Fehler im Sinne einer Unlösbarkeit der Aufgabenstellung hat es nicht gegeben. Allerdings waren die Aufgabenstellungen zum Teil irritierend für Lehrkräfte, die sich bei der Auswahl entscheiden mussten, und eben auch für Schülerinnen und Schüler.

Ich will Ihnen das gern näher erläutern. Die Aufgabe HT 1 erweckte auf den ersten Blick den Anschein, als handele sie von Funktionsscharen. Dies hatte Irritationen zur Folge, da Funktionsscharen nicht in den Vorgaben für den Grundkurs genannt werden, also womöglich nicht behandelt wurden. Bei genauerer Betrachtung war dann aber festzustellen, dass sich die Teilaufgaben mit Grundkurskenntnissen lösen ließen, denn bei den eigentlichen Aufgaben spielten die Funktionsscharen keine Rolle. Dies wurde nach entsprechenden Hinweisen auch von Lehrkräften so gesehen, die am Tag der Aufgabenauswahl bei der Hotline angerufen haben.

Ich räume ausdrücklich ein, dass dies irritierend war. Sollten Lehrerinnen und Lehrer deshalb davon Abstand genommen haben, diese Aufgabe für ihre Schülerinnen und Schüler zu wählen, dann standen ihnen noch zwei weitere zur Auswahl.

Zur Aufgabe HT 2 war am Tag vor der Klausur eine Mail mit Empfehlungen zu geringfügigen Korrekturen in der Aufgabenstellung versandt worden. Dabei ging es ebenfalls nicht um die Beseitigung von Fehlern, sondern darum, mögliche Missverständnisse auszuräumen bzw. die Aufgabe noch klarer zu formulieren. Diese Aufgabe HT 2 ist von sehr vielen Lehrkräften dann auch für ihre Abiturientinnen und Abiturienten gewählt und als unproblematisch bezeichnet worden.

Die zum Teil erhobene Behauptung, Aufgabe HT 3 sei nicht vorgabenkonform gewesen, ist fachlich nicht nachvollziehbar. Dies ist von der unabhängigen Fachkommission bestätigt worden, die unmittelbar nach Bekanntwerden der Irritationen bezüglich der Funktionsscharen in Aufgabe 1 gebeten wurde, zusammenzutreten und eine Stellungnahme zur Mathematik-Klausur abzugeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Fehler im engeren Sinne oder die Unlösbarkeit der Aufgabe hat es bis zu diesem Zeitpunkt im Grundkurs Mathematik also nicht gegeben, wohl aber Irritationen, von denen ich nicht ausschließen kann, dass sie zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler führten. Dabei geht es mir vor allem um diejenigen, die sich durch die Funktionsscharen beim Einstieg in die Lösung ihrer Klausur irritiert gefühlt und sich dadurch nicht in der Lage gesehen haben, ihr volles Leistungspotenzial abzurufen. Es gab aber auch Lehrkräfte, die sich durch die vermeintlichen Funktionsscharen irritiert gefühlt und auf Aufgabe HT 1 verzichtet haben, sodass sie dann eine der beiden anderen Aufgaben wählen mussten, obwohl Aufgabe HT 1 an sich für ihre Schülerschaft ansonsten durchaus geeignet gewesen wäre.

Hier konnte also den Schülerinnen und Schülern ein Nachteil entstehen, weil die Lehrkräfte nicht aus drei Aufgaben eine Aufgabe ausgewählt haben, sondern nur aus zweien. Dies ist der Grund dafür, dass ich es allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht habe, eine neue Klausur zu schreiben - nicht nur denjenigen, die tatsächlich mit Aufgabe HT 1 konfrontiert wurden. Diese Entscheidung habe ich nicht leichtfertig getroffen. Zum einen bin ich mir bewusst, dass sie zu einer zusätzlichen Belastung für die Schulen, und zwar vor allem für die Fachlehrkräfte geführt hat. Das bedauere ich.

Zum anderen ist mir auch klar, dass es für Schülerinnen und Schüler nicht einfach ist, den Stress einer weiteren Abiturklausur auf sich zu nehmen. Aber es war ein Angebot und aus meiner Sicht keine zwingend erforderliche Maßnahme. Darauf legt auch die unabhängige Kommission Wert. Darum habe ich betont, dass dies aus pädagogischen Gründen erfolgt ist. Es versteht sich von selbst, dass es mit wichtigen Akteuren und Betroffenen Gespräche zur Einschätzung der Sachlage gegeben hat.

Nach dieser grundsätzlichen Entscheidung wurden sehr schnell weiter gehende Forderungen gestellt. Die Schülerinnen hätten zunächst die Note der ersten Klausur mitgeteilt bekommen müssen, bevor sie sich entscheiden, ob sie neu schreiben wollen – angeblich analog einer Regelung in Hessen 2009. Sie hätten dann eine zweite Klausur schreiben können sollen und anschließend die bessere Note wählen dürfen. Der Termin für die neu zu schreibende Klausur hätte später liegen müssen.

Hierzu ist Folgendes zu sagen: Das Angebot des Neuschreibens richtete sich ausschließlich an die Schülerinnen und Schüler, die sich aus den genannten Gründen bei der Lösung der Aufgabe irritiert sahen im Sinne einer zweiten Chance, nicht im Sinne einer sogenannten Freischussregelung. Eine Bekanntgabe der Note der ersten Klausur, die Abwägung, ob sich eine zweite Klausur lohnt und eine danach vorzunehmende Art „Günstiger-Prüfung“ ist nicht angezeigt gewesen. Hätte man einigen Schülerinnen und Schülern die Noten mitgeteilt, wären sie dadurch bessergestellt gewesen als jene, die sie nicht erfahren haben. Denn diese waren mit dem Ablauf ihrer Klausur ohnehin zufrieden und wollten keine, aus ihrer Sicht unnötige neue Klausur schreiben.

Insofern unterscheidet sich der Sachverhalt grundsätzlich von dem zu Vergleichen herangezogenen Vorgängen in Hessen vor zwei Jahren. Dort war eine Aufgabe definitiv nicht lösbar. Irritationen in Bezug auf den Zugang zu einer Aufgabe unterscheiden sich auch kategorial von den Problemen beim sogenannten „Oktaeder des Grauens“ vor drei Jahren in Nordrhein-Westfalen.

Was den Zeitpunkt angeht: Mir war an einer zügigen und klaren Entscheidung gelegen, auch damit die Schulen die Schülerinnen und Schüler zeitnah erreichen konnten. Beim Oktaeder vor drei Jahren hat es Wochen gedauert, bis den Schülerinnen und Schülern endlich die Möglichkeit eingeräumt wurde, eine neue Klausur zu schreiben – meiner Erinnerung nach erst nach massivem öffentlichem und politischem Druck durch eine Chefentscheidung von Ex-Ministerpräsident Rüttgers.

Das lange Zögern hat damals dazu geführt, dass nur noch ca. 1.800 Schülerinnen und Schüler schon Nachschreiben bereit waren. In diesem Jahr ist das Problem bei weitem nicht so groß wie beim Oktaeder. Das schnelle und entschlossene Handeln der Landesregierung hat aber dazu geführt, dass in der vergangenen Woche ca. 3.000 Schülerinnen und Schüler die Mathematik-Grundkurs-Klausur neu geschrieben haben, zusammen mit jenen, die krankheitsbedingt am ersten Termin nicht teilgenommen haben, also dem regulären Nachschreibetermin. Die große Zahl werte ich als Bestätigung meiner Entscheidung zugunsten der Schülerinnen und Schüler.

Leider war es damit nicht erledigt. Der tatsächliche Ärger begann erst. Um es vorwegzunehmen: Den Schülerinnen und Schülern ist, soweit wir wissen, kein Nachteil entstanden. Aber das haben wir aufmerksamen Mathematik-Lehrkräften zu verdanken, denen bei der Aufgabenauswahl ein Fehler aufgefallen ist, durch dessen Korrektur den Schülerinnen und Schülern eine korrekte Aufgabenstellung vorgelegt werden konnte.

Ich bin in den vergangenen Tagen oft von den Medien, aber auch in dienstlichen, politischen und privaten Zusammenhängen gefragt worden, wie es denn sein kann, dass Fehler in einer Klausur vorkommen, wo doch alle Fachleute in absoluter Alarmstellung sein müssen und man doch alles doppelt, dreifach oder vierfach prüfen müsse. Ja, genau. Das habe ich mich auch gefragt. Und eine zu 100 % überzeugende Antwort kann ich Ihnen nicht bieten. Aber ich glaube, der Fehler ist gerade deshalb passiert, weil man bis zur letzten Minute darum gerungen hat, nun wirklich alles richtig zu machen.

Lassen Sie mich zunächst eines klarstellen: Die unabhängige Aufgabenkommission unter Leitung von Prof. Bos hat mit den Vorgängen zur Klausur für den Neuschreibtermin nichts zu tun. Die gelegentlich geäußerte Kritik an dem teuren AbiTÜV, den die Vorgängerregierung eingeführt hat, ist hier also völlig fehl am Platze. Insofern geht auch Ihr Vorwurf, meine Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke, dass ich ohne Not an dieser teuren Lösung festhalte, ins Leere.

Die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung hat noch im letzten Jahr den Vertrag mit der Universität Dortmund um zwei Jahre bis zum Abitur 2012 verlängert. Und im privaten wie im öffentlichen Recht gilt nun einmal der Grundsatz „Pacta sunt servanda“. Da in den beiden letzten Jahren keine nennenswerten Fehler aufgetreten waren, hatte ich auch überhaupt keine Veranlassung für Veränderungen gesehen, genauso wenig, wie ich in die Abläufe der Vorbereitung des Zentralabiturs eingegriffen habe, die bereits seit Frühjahr letzten Jahres laufen.

Die Aufgabenstellung der Neuschreibklausur wurde von einer vom Ministerium einberufenen Aufgabenkommission erarbeitet. Diese Aufgabenstellung wurde nun mehrfach hin- und hergewendet, einem Praxistext unterzogen und von Lehrkräften überprüft, die in diesem Jahr keine Schülerinnen und Schüler im Abitur haben.

Im vielleicht übervorsichtigen Bemühen, nun wirklich keine Fehler zu machen und keine missverständlichen irritierenden Formulierungen zu verwenden, wurde bis zur letzten Minute an der Aufgabenstellung gefeilt. Dabei gab es auch mehrere kleine Verbesserungs- und Änderungsvorschläge. Der Fehler, also die falsche Zahl in einer Tabelle, ist dann leider erst bei der abschließenden Formatierung der Aufgaben vor dem Download in diese Klausur hineingekommen. Gerade weil die Aufgaben noch einmal bis zum Schluss auf Herz und Nieren geprüft wurden, gerade weil man absolut sichergehen wollte, reichte die Zeit am Ende nicht mehr, um sie auch nach der Formatierung noch einmal zu überprüfen.

Ich weiß, dass dies keine befriedigende Antwort ist, aber sie entspricht den Tatsachen – ein Übertragungsfehler, der nicht, wie genüsslich unterstellt, auf fachliche Inkompetenz des Auftragssteams oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, sondern auf menschliches Versagen, zurückzuführen ist. Dafür möchte ich mich auch ausdrücklich noch einmal entschuldigen und mein Bedauern zum Ausdruck bringen.

Zum Glück ist der Fehler noch rechtzeitig entdeckt und den Schulen unmittelbar mitgeteilt worden. Ich räume hier im Übrigen ein: Es gab auch noch einen weiteren Fehler, der zu keinem Schaden geführt hat, den nenne ich, obwohl er meines Wissens in der Presse nicht kommuniziert worden ist. Da man auf die Aufgaben für den Folgeabiturjahrgang bei der Erarbeitung der Nach- und Neuschreiblösungen zurückgriffen hat, hat man bei einem Blatt, das an Lehrerinnen und Lehrer gegangen ist, versäumt, aus Abitur 2012 Abitur 2011 zu machen. Ich sage das dazu, weil mir daran gelegen ist, die Dinge anzusprechen, die bekannt sind.

Nun bedarf es eines kleinen Exkurses zum Schul-Mail-Verfahren. Das sogenannte Dienstpostfach der Schulen ist eingerichtet worden, damit die Schulleitungen unabhängig von ansonsten eingehenden Mails in einem gesonderten Postfach aus-

schließlich dienstlich relevante Informationen erhalten und sofort einsehen können. Daher sind hier Filter vorgeschaltet, sodass nur diejenigen Mails in das Postfach gelangen, die von einem autorisierten Absender stammen. Das sind im Wesentlichen das Ministerium für Schule und Weiterbildung und die Bezirksregierungen. Den Zugriff auf dieses Postfach erhält man nur durch Eingabe von Zugangs-codes. Die Abiturverfugung erhält den Hinweis, dass – ich zitiere – „während der Download- und Prüfungszeiten kontinuierlich und insbesondere am Prüfungstag ab 8 Uhr vor Beginn der Prüfung auf Eingänge im dienstlichen elektronischen Postfach der Schule zu achten ist.“

Ich gehe selbstverständlich davon aus, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter verantwortungsvoll mit der Weitergabe der Zugangs-Codes für dieses Dienstpostfach umgehen. Grundsätzlich besteht zwar die Möglichkeit, dort eingehende Mails auf das übliche Postfach der Schule umzuleiten, allerdings widerspricht das genau dem Sinn des Dienstpostfachs. Der Weg über das Dienstpostfach wurde bewusst gewählt, um für die Schulen eine einfache, zügige Aufgabenkorrektur sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, wie eingangs zugesagt, werden wir einen umfassenden schriftlichen Bericht zum Zentralabitur 2011 vorlegen. Dann ist eine wirkliche Rückschau möglich, in deren Rahmen ich Ihnen dann auch erläutern kann, welcher logistische Aufwand hinter dem zentralen Prüfungsverfahren in Nordrhein-Westfalen steht. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass allein für einen Klausurtermin in Mathematik die Gesamtzahl der für die Ausgabenauswahl zur Verfügung gestellten Seiten über 200 beträgt und sich die Seitenzahl der Unterlagen für die Lehrkräfte auf weitere 420 beläuft, ist es vielleicht nicht mehr ganz so verwunderlich, dass trotz aller Vorsicht und Kontrollen ein Fehler darin enthalten sein kann.

So hat Herr Prof. Bos, als er seinerzeit die Leitung der unabhängigen Kommission übernommen hat, prophylaktisch auch gleich in einem Artikel für die „Schulzeit“ verkündet – ich zitiere –: „Es gibt kein Zentralabitur ohne Fehler.“ Ich bin trotz allem gewillt, das offenbar Unmögliche anzustreben.

Meine Damen und Herren, ich habe daher vor, das Verfahren zu überprüfen und die Optimierungsmöglichkeiten erarbeiten zu lassen. Dazu werden unter anderem folgende Punkte gehören:

- Einholen von Informationen, wie in anderen Ländern die Aufgabenentwicklung erfolgt und mit Fehlern in Abituraufgaben umgegangen wird;
- Evaluation der Verfahren seitens der unabhängigen Kommission;
- Überprüfung der technischen Verfahren bei der Produktion der Aufgaben.

Für diesen Prozess werde ich – wie auch für den Optimierungsprozess zum G8 – Expertinnen und Experten, Betroffene und Praktiker aus den Schulen einbeziehen. Ich gehe davon aus, dass erste Ergebnisse zu diesem Arbeitsprozess nach der Sommerpause vorliegen werden.

Michael Solf (CDU) führt aus, er habe genau zugehört, was Frau Löhrmann zu den ärgerlichen Zentralabi-Pannen gesagt habe und – vor allem – wie sie es gesagt habe. Er sei enttäuscht, denn trotz der gedrechselten Worte zeige sie nicht die notwendige Einsicht. Er zitiere zwei Aussagen:

„Der Dilettantismus im Schulministerium ist unverantwortlich. Die Ministerin ist auf dem besten Wege, das Zentralabitur gegen die Wand zu fahren. Sie schadet damit der Akzeptanz wichtiger bildungspolitischer Instrumente in unverantwortlicher Weise. ... Die Landesregierung hat mit ihrem stümperhaften Agieren ein Instrument diskreditiert, das bildungspolitisch sinnvoll ist.“

Diese Sätze seien aggressiv und kränkend – genau auf dem Niveau, für das die Menschen die Politik verachteten. Diese Sätze stammten nicht von ihm, sondern von Frau Ministerin Löhrmann. Diese Einlassungen damals seien besonders unerträglich gewesen, denn sie seien nicht aus der Sorge um das Zentralabitur entstanden. Es sei Frau Löhrmann damals allein um die Diskreditierung von Frau Sommer gegangen, und zwar bewusst persönlich verletzend.

Von ihm werde Frau Löhrmann heute nichts Vergleichbares hören. Das sei jetzt zwar eine ärgerliche und peinliche Panne gewesen, aber ein Fehler, wie er vorkomme, wenn gearbeitet werde, auch wenn er nicht vorkommen dürfe, wobei der ungeschützte Versand der Mails etwas Neues sei. Nach den Worten, die Frau Löhrmann damals gewählt habe, verstehe er nicht, weshalb sie jetzt erst nach den erneuten Pannen an eine Optimierung herangegangen sei. Gäbe es nicht das Verhalten von Frau Löhrmann in der Vergangenheit, wäre diese ärgerliche und peinliche Panne eher am Rande der Rede wert. Da es diese Vorgeschichte aber gebe, sollte sich Frau Löhrmann nicht nur für den Fehler entschuldigen, sondern auch für ihr Verhalten in der Vergangenheit damals gegenüber Frau Sommer.

Sie sollte bitte einen Rat annehmen. Bei allem Respekt, den er Frau Löhrmann in der Vergangenheit manches Mal gerne gezollt habe, auch wenn das nicht immer allen in seiner Fraktion so gefallen habe, rate er ihr zu mehr Demut.

Die Ministerin müsse sehen, dass die Schulpolitik ein Porzellanladen sei. Hier prägele man nicht mit dem Knüppel durch die Gegend, denn es gehe um die Lebenschancen von jungen Menschen, die sich mit ihrer Abi-Note an den Unis bewerben müssten. Darum müsse man als Entscheidungsträgerin sehr vorsichtig und demütig sein. Noch sei Frau Löhrmann das nicht. Sie töne arg laut und schulunfriedlich, zum Beispiel am Wochenende auf ihrem Parteitag. Er rate der Ministerin abzurüsten, verbal und ideologisch. Sie müsse lernen, dass auch sie fehlbar sei. Dann hätte diese ärgerliche und peinliche Panne sogar etwas Gutes gehabt.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bedankt sich für den Bericht. Sie wolle jetzt nicht auf die Chronologie der Fehlerserie im Einzelnen eingehen. Dennoch habe es sie schockiert, dass diese Pannenserie in diesem Jahr aufgetreten sei, nachdem man im Jahre 2009 ein sehr „geräuschloses“ Zentralabitur gehabt habe.

Sie gebe Herrn Solf Recht, dass Frau Löhrmann damals über die Durchführung des ersten Zentralabiturs in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2007 Häme gegossen habe. Da könne sie einiges aus Plenardebatten oder aus Pressemitteilungen zitieren „Wie viele Schuldesaster duldet Rüttgers noch?“, wobei Frau Löhrmann in ihrer verbalen Kritik keinen Halt eingelegt habe.

Nun befinde man sich im Jahre 2011 und habe ein Abitur, bei dem eine Nachschreibeklausur in Mathematik angeboten worden sei, in der auch noch Fehler aufgetreten seien. Einen Tag zuvor habe man einen Fehler bemerkt. Am selben Tag, an dem die Klausur habe geschrieben werden sollen, sei auch noch etwas aufgetaucht. Das halte sie für mehr als erklärungsbedürftig. Frau Löhrmann habe versucht, das zu erklären. Darüber könne sie nur den Kopf schütteln, ganz abgesehen davon, dass man es allen Schülern ermöglicht habe, diese Klausur nachzuschreiben. Die Schüler hätten aus dem Bauch heraus entscheiden müssen, ob sie das nun machen sollten oder nicht. Sie hätten ja die Note der ersten Klausur nicht gekannt. Das sei schon eine schwierige Situation. Wenn man sich selbst an die eigene Schulzeit erinnere, dann wisse man, dass man bei manch einer Klausur ein schlechtes Gefühl gehabt habe, trotzdem sei etwas Gutes herausgekommen. Das sei auch umgekehrt passiert. Das gehöre zum Leben.

Nun seien sehr viele Sicherheitsstufen eingebaut. Die staatliche Aufgabenkommission entwickle die Aufgaben, dann gebe es die unabhängige Prüfkommision. Sie nehme erfreut zur Kenntnis, dass diese bei der Nachschreibeklausur nicht involviert gewesen sei. Die unabhängige Kommission, die auch gut dotiert werde, sei wenigstens nicht von Schuld betroffen. Die unabhängige Prüfkommision gehe über die Aufgaben. Dann gebe es den Praxischeck durch Mathelehrer. Dann komme erneut die staatliche Aufgabenkommission, die die vorgeschlagenen Änderungen in die Abituraufgaben einarbeite. Dann gingen alle Abituraufgaben zu einem Lektorat zur Korrektur. Rechtschreibfehler dürften überhaupt nicht mehr vorkommen. Dann gebe es erneut einen Gegencheck durch fachfremde Lehrer. Vielleicht habe sie sogar eine Stufe ausgelassen. Dieses allein seien schon sechs Kontrollstufen.

Wenn die Endkontrolle in den Unternehmen im Land so funktionieren würde wie die Kontrolle der Abituraufgaben, dann wäre man am Ende der wirtschaftlichen Skala in Europa und in der Welt. Das sei unglaublich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist das Verfahren, das die Vorgängerregierung gewählt hat!)

Vielleicht hänge das auch damit zusammen, dass es in der Wirtschaft Folgen habe, wenn die Endkontrolle nicht funktioniere. Da gebe es Regressansprüche. Das habe erhebliche Folgen. Wenn das im Hause der Ministerin passiert sei, so frage sie, welche Folgen das für die involvierten Mitarbeiter im Ministerium habe. Wenn so viele Netze und doppelte Böden eingebaut seien, dann dürfe so etwas nicht passieren. Das sei Dilettantismus pur.

Sie fordere die Ministerin auf, dafür zu sorgen, dass so etwas nicht passiere. Es gehe nicht um irgendeinen Brief, der rausgehe, bei dem man sich einen Reim darauf machen könne, was er denn bedeuten solle; das sei eine Aufgabe im Abitur, dessen

Durchschnittsnote die Menschen in die Zukunft schicke. Diese Note entscheide darüber, ob die jungen Leute einen Studienplatz bekämen. Das sei etwas Erhebliches. Es betreffe Tausende von Schülern. Die Netze und die doppelten Böden, die eingewebt würden, müssten so ausgeprägt sein, dass so etwas einfach nicht passieren dürfe. Das sei ihr Anliegen. Sie hoffe, dass die Ministerin dafür Sorge, dass das im nächsten Jahr so nicht passiere. Sie habe das Ausmaß dieser Vorkommnisse so nicht erwartet, nachdem man im letzten Jahr ein sauberes Zentralabitur hingelegt habe und keine Fehler passiert seien.

2007 habe die Frau Löhrmann scharf kritisiert, dass so etwas passiert sei. In diesem Jahr habe man eine Pannenserie zu verzeichnen, die in dieser Form nicht hinnehmbar sei.

Sigrid Beer (GRÜNE) bedankt sich für diesen ausführlichen und differenzierten Bericht. Frau Pieper-von Heiden habe das System „blumig“ beschrieben, das unter der Vorgängerregierung eingeführt worden sei. Sie habe von Herrn Solf eigentlich erwartet, dass er sie mit genannt hätte. Sie habe das Zentralabitur seit 2007 kritisch begleitet. Nun könne man untersuchen, was damals von der Opposition gesagt worden sei und was jetzt von der Opposition gesagt werde. Das sei sicher ganz interessant.

Nun sei es etwas anders in der Nuancierung. Sie bitte, in den Protokollen noch einmal nachzuschauen. Die damalige Fraktionsvorsitzende, Frau Löhrmann, und die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Frau Beer, hätten immer Folgendes gesagt: Fehler könnten passieren. Die Frage des Handlings sei aber entscheidend. Sie erinnere daran, wie früher gehandelt worden sei. Sie erinnere an das Jahr 2007, als man versucht habe, die ganze Sache zu vertuschen und anders zu „labeln“. Da sei der Fehler in der Abiturarbeit plötzlich die „neue historisch-kritische Exegese der Literaturwissenschaft im Mainstream“, der dann übertragen worden sei. Es sei Druck auf das Feuilleton der „FAZ“ ausgeübt worden. Es sei Druck auf Redaktionen ausgeübt worden, wenn kritische Kommentare gekommen seien. Das sei ein Vorgehen, das diese Landesregierung ausdrücklich so nicht übernommen habe. Sie sei die Frage der Klärung von Fehlern offensiv angegangen.

Dann sei noch mit juristischen Schritten gedroht worden. Die damalige Fraktionsvorsitzende und die bildungspolitischen Sprecherinnen seien unter Druck gesetzt worden. Man müsse schauen, wer in diesem Prozess was wie gehandelt habe. Das sei ihre Ansage.

Der Staatssekretär habe Einfluss auf die Abiturprüfungen genommen, indem Aufgaben politisch gefilzt worden seien. Sie erinnere an die Klimaschutzrede der Kanzlerin Angela Merkel. Wenn man jetzt noch eine schwarz-gelbe Landesregierung hätte, dann würde das neue energiepolitische Papier sicherlich auch nicht in einem Zentralabitur zur Grundlage genommen.

(Michael Solf [CDU]: Das stimmt so nicht!)

Zum „Oktaeder des Grauens“: Es habe sich um eine unlösbare Aufgabe gehandelt. Die damalige Ministerin habe kein professionelles Handling gezeigt. Schülerinnen und Schüler hätten sich online melden müssen. Erst dann habe man nach Wochen

eine Klärung herbeigeführt. Am Freitag, bevor bekanntgegeben worden sei, dass eine Nachschreibeklausur stattgefunden habe, habe Frau Sommer das noch demontiert. Dann habe der Ministerpräsident am Wochenende angerufen. Die Nachschreibeklausur sei anberaumt worden. Diese Vorgänge sollte man sich deutlich machen. Jetzt habe man ein anderes, souveränes Handling von der Spitze.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Keine Fehler würden vertuscht. Niemand habe gesagt, dass kein Fehler passiert sei. Man müsse schon einmal eine differenzierte Herangehensweise wählen. Herr Kaiser habe seine Abschlussbilanz über den heutigen Morgen bereits gezogen. Herr Kaiser führe aus: Wenn Schulen mithilfe moderner Techniken noch kleine Korrekturen hätten vornehmen können – in der Schulverwaltung werde mit E-Mails gearbeitet –, dann zeige das die Flexibilität der Verwaltung. So die Kommentierung zur Frage der Fehlerbehebung mit kleineren Korrekturen beim letzten Mal.

Jetzt sollte man keinen Rollentausch – da die Opposition, da die Regierung – machen, sondern differenziert gucken. In der Auseinandersetzung mit der Schulministerin sei über das professionelle Handling, die Frage des Vertuschens von Fehlern, das Verzögern gesprochen worden. Die Möglichkeit, dass Fehler passierten, sei eingeräumt worden. Das sollte man auch der Presse zugestehen. In der „BILD“-Zeitung heiße es: „Schulausschuss prüft Abi-Pannen.“

Sie begrüße es sehr, wenn die Ministerin angekündigt habe, dass die Frage, wie das Zentralabitur vorbereitet werde, welche Prüfschleifen es geben könne, diskutiert werde. Anhand des Berichts am 08.07. werde der Ausschuss ausführlich darüber diskutieren können. Es scheine so zu sein, dass die letzte Prüfinstanz, die funktioniere, die Schulen in Nordrhein-Westfalen seien, die die Fehler zurückmeldeten, die noch auftauchen könnten. Man sollte sich über die Optimierung dieses Systems unterhalten. Das wisse sie bei Frau Löhrmann in den besten Händen.

Das, was Herr Solf und andere hier versuchten zu veranstalten, gehe in die falsche Richtung. Das, was von der Opposition vorgetragen werde, sei so nicht passiert. Es werde sehr auf ein professionelles Handling und einen sachlichen Umgang geachtet. Wenn man das nachlese, werde man das auch finden.

(Michael Solf [CDU]: Ich habe die Worte zitiert!)

Das sei in diesem Zusammenhang immer so gesagt worden. Das professionelle Handling sei im Ministerium gegeben. Es habe keine Nachteile zulasten von Schülerinnen und Schülern gegeben. Da habe man in den letzten Jahren anderes erlebt. Alle seien daran interessiert, dass möglichst wenig Fehler vorkämen. Im Umgang mit dem Vorgang um das Zentralabitur versuche die Opposition, eine Empörungsskala aufzumachen. Moralisierende Ausführungen wie die, die Herr Solf zu Beginn gemacht habe, halte sie für vollkommen daneben und unpassend. Das entspreche auch nicht den Äußerungen, die man hier über Jahre miteinander ausgetauscht habe.

(Michael Solf [CDU]: Wörtliche Zitate!)

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer betont, der Schulausschuss sei dafür da, Argumente auszutauschen. Unter Zugrundelegung des vereinbarten Zeitrahmens stünden jetzt noch zehn Minuten für die Diskussion zur Verfügung. Ihm lägen sieben Wortmeldungen vor. Er bitte, sich kurz zu fassen.

Gunhild Böth (LINKE) führt aus, sie wolle gerne noch einmal auf die Struktur dieses Zentralabiturs zurückkommen. Zurzeit befinde man sich auf der Ebene der Boulevardpresse: Wer hat wann was gesagt? Macht die eine das besser als die andere? Sie wolle eine Ebene darunter aufsuchen. Sie finde, dass die halbe Million Euro, die für die Überprüfung ausgegeben werde, überflüssig sei.

Sie freue sich auf die Ergebnisse, die nach der Sommerpause dem Ausschuss vorgestellt würden. Es sei sicher spannend, darüber im Ausschuss zu diskutieren. Der Vertrag mit Herrn Bos müsse darauf abzielen, dass es eine Übereinstimmung zwischen Obligatorik fürs Zentralabitur und der Aufgabenstellung gebe. Darauf beziehe sich ihre Kritik, weil das erste Problem offensichtlich darin bestanden habe. Im Bereich des Zentralabiturs habe man eine ganz bestimmte Obligatorik. Klar sei, das müsse gemacht werden, weil das in den Aufgaben vorkomme.

Wenn es dann in den Aufgaben zur Obligatorik eine Abweichung gebe – einige hätten das gemacht, andere nicht –, dann sei das etwas Neues, was es früher, als die Lehrkräfte die Aufgaben noch selbst eingereicht hätten, nicht gegeben habe. Die Bezirksregierungen hätten die Aufgaben nicht nur unter dem Aspekt überprüft, ob sie qualitativ auf der gleichen Ebene seien und dem Anforderungsprofil entsprächen, sondern auch mit Blick auf die Frage, ob das, was im Lehrplan und in den Richtlinien vorgesehen gewesen sei, dem entspreche, was im Unterricht gemacht worden sei.

Man habe nichts „Abseitiges“ machen können, abseitig im Sinne von außerhalb des Lehrplans, was nicht da hineingepasst habe. Die Aufgaben hätten so konstruiert sein müssen, dass sie aus verschiedenen Bereichen der Qualifikationsphase vorgekommen seien. Das scheine nicht mehr gewährleistet. Fehler passierten immer. Es seien auch Fehler passiert, bevor Herr Bos tätig geworden sei. Sie habe oft in Abiturklausuren als Aufsicht gesessen. Dann sei ein Kollege hereingelaufen und habe gesagt, man müsse darauf achten, es sei etwa ein Vorzeichen verwechselt worden. Das sei nicht nur damals, als die Lehrkräfte die Aufgaben selbst entwickelt hätten, passiert, sondern auch beim Zentralabitur vor Bos-Zeiten. Das habe kein großes Theater gegeben, weil es aufgefallen sei und weil es per Schul-Mail oder über einen Rundruf korrigiert worden sei. Das habe es immer gegeben.

Mathe sei das Fach gewesen, bei dem man vorher Einsicht habe nehmen können. Das sei eben nicht bei allen Fächern so. Bei den anderen Fächern werde die Aufgabe einem verschlossenen Umschlag entnommen. Erst während die Schülerinnen und Schüler schrieben, könne es den Lehrkräften auffallen, dass da irgendetwas falsch drinstehe. Ab und an geistere durch die Presse, dass etwa im Fach Deutsch oder Sozialwissenschaften irgendein falsches Wort stehe, das den Sinn entstelle. Das merkten dann die Lehrkräfte. In der Regel werde das relativ schnell kontrolliert. All das könne passieren. Sie frage sich nur, wofür man die halbe Million Euro ausgabe. Das müsse dringend überprüft werden.

Sören Link (SPD) hofft, dass die Öffentlichkeit, die in vielfacher Weise heute anwesend sei, bei den Wortmeldungen und bei den Zwischenrufen der Abgeordneten sehr gut zugehört habe. Es sei peinlich, wenn man sich bei der Thematik Probleme beim Zentralabitur 2011 in dieser Art und Weise beschäftige. Das sei der Thematik in keiner Weise angemessen.

Herr Solf sage, die Panne an sich sei nicht der Rede wert. Dann frage er sich, was das ganze Affentheater hier solle. Es gehe doch weniger um die Panne als um verletzte Eitelkeiten aus vergangenen Zeiten. Beim Zentralabitur 2011 habe es Ärger, Fehler, Pannen gegeben. Das habe niemand bestritten. Er frage sich, warum der Schulausschuss sich mit diesem Thema beschäftigen solle. Das sollte man besser parteiintern klären.

Frau Löhrmann und Frau Beer hätten es mehrfach erwähnt: Natürlich gebe es Fehler im Zentralabitur 2011. Die habe es auch in den letzten Jahren gegeben. Die habe es auch in den Jahren davor gegeben, als es noch kein Zentralabitur gegeben habe. Darum gehe es auch nicht. Es gehe um das Verfahren, das Krisenmanagement, das Handling, wie mit diesen Fehlern umgegangen werde. Da sei ein sehr wohltuender Unterschied zum Krisenmanagement, zum Handling der Vorgängerregierung festzustellen. Er erinnere sich sehr gut daran, wie damals mit diesen Fehlern umgegangen worden sei. Frau Beer habe auf den einen oder anderen hingewiesen. Das sei kein professionelles Krisenmanagement im Sinne der Schülerinnen und Schüler gewesen.

Wenn man jetzt über tausende Nachschreibeschüler im Fach Mathematik rede, dann sei es doch erstaunlich, dass diese vielen Menschen relativ ruhig und gelassen mit dem Problem umgegangen seien. Auch in der Öffentlichkeit werde gelassen darüber diskutiert, weil davon ausgegangen werde, dass im Schulministerium das Management vernünftig sei. Da werde nichts hinterm Berg gehalten, da werde nicht lange gewartet. Da werde aktiv agiert und nicht auf öffentlichen Druck etwa eines Anrufs der Ministerpräsidentin reagiert.

Wenn Frau Pieper-von Heiden die Struktur des Zentralabiturs und das Verfahren zur Aufgabenerstellung beklage, dann müsse man sich doch einmal fragen, wer diese Strukturen aufgebaut habe. Sie seien ja noch kurz vor der Wahl verfestigt worden. Das seien doch die frühere Ministerin, der Staatssekretär, die Landesregierung gewesen, die diese Struktur bis 2013 verfestigt hätten.

(Michael Solf [CDU]: Das hätten Sie längst ändern können!)

Jetzt müsse man überlegen, wie man die Struktur weiterentwickeln könne, wie man sie im Sinne der Effizienz mit dem Ziele der Fehlerreduzierung weiterentwickeln könne. Die Vorwürfe seien haltlos. Das, was als Grund für die Sondersitzung angeführt worden sei, und das, was in dieser Sondersitzung geäußert worden sei, zeige: Thema verfehlt! Es sei schade um die Zeit, die man mit dieser Debatte habe verschwenden müssen.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) will einige Dinge richtigstellen. Die Kritik aus der Fraktion Die Linke sei nach dem Fehler des Hauses gekommen. Die Fraktion Die

Linke habe die Skandalisierungspressen gemacht, die sich gegen die Kommission von Herrn Bos gerichtet habe. Sie wolle die Verantwortlichkeiten klar benennen. Es sei ihr wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Fehler nicht durch diese Kommission zu verantworten seien, sondern in dem Fall ausdrücklich die Abläufe bei der Erstellung der Aufgaben in ihrem Haus und den nachgeordneten Behörden, im Wesentlichen in Soest, betreffen. Das dürfe man nicht vermischen. Es gehe auch nicht darum, die Aufgaben irgendwie abzuchecken, sondern die Aufgaben in einem umfangreichen Prozess unter Beteiligung von vielen Leuten zu erarbeiten. Das müsse man auseinanderhalten.

Richtig sei, dass die Abläufe übernommen worden seien. Der Vertrag sei im März letzten Jahres geschlossen worden. Sie habe keine Veranlassung, aufgrund der relativ reibungslosen Abläufe in den letzten beiden Jahren daran etwas zu ändern. Sie hätte es in einem Verfahren während der Aufgabenerstellung für unverantwortlich gehalten, weil man früher Herrn Bos etwa kritisiert habe – Frau Schäfer sei zitiert worden –, alles anders zu machen. Sie hätte es sich am Anfang sehr leicht machen können. Sie hätte auf die fachliche Verantwortung von Herrn Bos verweisen und sagen können, dass sich alle an ihn wenden müssten. Es sei der Anschein damals erweckt worden, als sei die Kommission eingesetzt worden, um den politischen Druck, der entstehe, wenn Fehler passierten, von der Hausspitze zu nehmen. Das habe sie ausdrücklich nicht getan. Sie habe alle relevanten Presseanfragen selbst beantwortet. Sie habe sich jedem Interview gestellt.

An Herrn Solf gewandt, fährt die Ministerin fort, sie kenne ihre Zitate und könne auch damit umgehen, dass sie jetzt kritisiert werde. Das gehöre dazu. Wer austeile, müsse auch einstecken. Aber die Abläufe zu vergleichen, so wie es Herr Solf getan hatte, sei nicht in Ordnung. Darum habe Herr Solf sich so aufgeregt, als Frau Beer das noch einmal aufgezählt habe. In der Vergangenheit sei ja nicht gesagt worden, dass es keine Fehler geben dürfe. Die Vorgängerregierung habe in drei Fällen Fehler beschwichtigend wegputzen wollen. Das habe sie bewusst nicht getan. Sie habe die Fehler als solche akzeptiert und habe in der jeweiligen Situation eine Entscheidung getroffen. Sie nehme für sich in Anspruch, dass dieses Vorgehen richtig gewesen sei.

Frau Sommer habe in der Vergangenheit überhaupt nicht die Entscheidungen getroffen. Der Vergleich gehe ohnehin fehl.

Herr Kaiser habe gestern in der Pressemitteilung gefordert, sie solle das zur Chefsache machen. Da habe sie sich gefragt, was damit gemeint sei. Sie frage, ob sie alle Aufgaben persönlich abnehmen solle – das könne doch nicht gemeint sein – oder ob sie die Dinge dem Staatssekretär übergeben solle, so wie es die Vorgängerregierung gemacht habe. Das sei auch nicht ihr Ding. Vielleicht sei damit gemeint, dass sie es in die Staatskanzlei geben solle, weil da der richtige Chef sitze. Sie gehe von einem Freud'schen Versprecher in dem Text aus. Sie habe das bewusst nicht getan. Sie ärgere das. Es gehe aber nicht darum, ob sie diese Fehler beim Zentralabitur ärgerten. Es gehe darum, ob man nach bestem Wissen und Gewissen mit diesen Fehlern umgegangen sei. Da habe man im Wesentlichen richtig entschieden. Darauf lege sie Wert. Den Optimierungsprozess gehe man an, aber doch nicht mitten im Verfahren.

Man könne doch nicht während der Erstellung der Aufgaben einfach die Pferde wechseln, wenn man keinen Anlass dazu habe.

Sie rege an, dass der Ausschuss, wenn der schriftliche Bericht vorliege, in dem alles dokumentiert werde, was bekannt sei, einen vernünftigen Diskurs darüber führe, was man, nach vorne gerichtet, machen sollte. Als sie die vielen Prüfschleifen gesehen habe, sei es ihr so gegangen wie Frau Pieper-von Heiden. Sie habe gedacht, möglicherweise sei das sogar zu viel. Alle würden denken, irgendjemand passe schon auf. Es seien so viele Sicherungsmaßnahmen. Offensichtlich ließen sich auch damit die Fehler nicht ganz vermeiden. Ihr liege daran – das sei ihr Maßstab –, für die Schülerinnen und Schüler ein ordentliches Abitur zu steuern und dann, wenn Fehler bekannt würden, nachzusteuern. Nachdem die Verfahren festgelegt worden seien, seien die kritischen Rückmeldungen ans Haus zurückgegangen.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer macht darauf aufmerksam, dass die Weiterbildungskonferenz auf 10:30 Uhr terminiert worden sei. Er schlage vor, die letzten vier Wortmeldungen, die noch auf der Liste stünden, als erste Wortmeldungen in der nächsten Sitzung aufzurufen. Dann liege auch der schriftliche Bericht vor. – Er schlage vor, dass sich der Ausschuss über das weitere Verfahren abstimme. Die vereinfachte Sitzungszeit sei bereits weit überzogen. Die Kollegen und Kolleginnen von der Weiterbildungskonferenz hätten auch ein Recht auf einen pünktlichen Beginn.

Der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Linken, **die Sitzung fortzuführen.**

Ralf Witzel (FDP) findet es schade, dass man sich zeitlich konzentrieren müsse. Das Thema hätte sicherlich noch mehr Erörterung verdient.

Frau Ministerin Löhrmann habe den Begriff „Maßstab“ am Ende ihres Beitrages genannt. Unter Verantwortung aller Bildungsministerinnen, auch vor Frau Sommer, seien in zentralen Prüfungselementen Fehler vorgekommen. Unter Frau Schäfer etwa sei Schülern ein angebliches Brentano-Gedicht für eine Inhaltsanalyse vorgelegt worden, das nachweislich nicht von Brentano stamme. Unter jeder Ministerin finde man solche Sachverhalte.

Frau Löhrmann müsse verstehen, dass die Skala der Beurteilungen heute der von ihr selber proklamierte Anspruch sein müsse, wie sie mit dem ersten Zentralabitur der letzten Legislaturperiode umgegangen sei. Dies sei der erste Zentralabiturtermin, der zu 100 % in ihrer Verantwortung liege.

Er verweise auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Chaos beenden – Zentralabitur neu ausrichten“ Drucksache 14/6861, den Frau Löhrmann im Jahre 2008 als Erste unterschrieben habe. Darin würden Anforderungen und Kriterien an die Lösbarkeit von Aufgabenstellungen und Abläufe genannt, denen Frau Löhrmann selber nicht gerecht geworden sei. Die Ministerin habe sich gerade zur Frage der po-

litischen Verantwortung und des Verweises auf die Kommission von Prof. Bos geäußert. Die Pressemeldung, die die Ministerin als erste Reaktion herausgegeben habe, laute anders. In der Meldung 540-5-2011 sei der Löwenanteil der Stellungnahme zu den Fragen, Datum 11. Mai 2011, eine Wiedergabe der Stellungnahme von Herrn Bos, eingerahmt in ein paar blumige Sätze des Ministeriums. Auf diesen zwei Seiten habe sich die Ministerin in der Hauptsache darauf konzentriert, die Bewertungen der Kommission zu referieren, wo sie gerade doch einen etwas anderen Eindruck erweckt habe.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Ich habe zitiert! – Sigrid Beer [GRÜNE]:
Das ist eine falsche Darstellung!)

– Das sei ihr peinlich. Er verweise im Übrigen auf die Plenardebatte 14/95 vom 19. Juni 2008, S. 11277 ff. Er empfehle Frau Löhrmann, sich einmal ihre eigenen Ausführungen in der Aktuellen Stunde „Das Krisenmanagement beim Zentralabitur offenbart Führungsschwächen im Schulministerium“ durchzulesen. Darin beschreibe Frau Löhrmann die Misslichkeiten für die Schüler, die durch den Umstand eines Nachschreibeangebots entstünden. Sie sage wörtlich: „Was heißt das denn für die Schüler? Das heißt doch noch mal mehr Prüfungsdruck, noch mal mehr Pauken.“ Dann kritisiere sie die Vorlaufzeit und sage, dass es unmöglich sei, sich eine Woche vorher vorzubereiten. Bei der Ministerin sei es doch genauso gewesen, Entscheidung 18. Mai, dass am 26. Mai nachgeschrieben werden solle.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Es gehe um die Vorbereitungszeit. Frau Beer sollte sich einmal anschauen, wie sie das damals titulierte habe. Sie habe von stümperhaftem Agieren und anderem gesprochen. Das seien nun einmal die Kriterien, an denen man sich heute messen lassen müsse.

Er sei sicherlich nicht jemand, der sich dafür einsetze, dass ein Schüler für möglichst wenige Leistungen leicht gute Noten geschenkt bekommen solle. Es sei ausdrücklich seine Auffassung, dass von jungen Menschen Leistungen eingefordert werden müssten. Er sei sehr dafür, fair mit den jungen Leuten umzugehen. Gerade diejenigen, die ihre schulische Laufbahn ernst nähmen, die Zeit investierten, sei es nicht egal, wie sie abschnitten. Für sie hätten auch Noten eine Bedeutung. Sie wollten im Leben vorankommen. Mit ihnen müsse man fair umgehen. Die Ministerin habe den Unterschied zur Freischussregelung herausgearbeitet. Wenn man jemandem die Chance gebe, sich zu verbessern, sei es doch sehr gravierend, wenn von staatlicher Seite Fehler gemacht würden. Das Ministerium trage dafür die politische Verantwortung.

Wenn man in anderen Prüfungssituationen Leuten Verbesserungsversuche gestatte, damit sie selber ihren Notenschnitt aufbessern könnten, dann müssten die Kriterien umso mehr dann gelten, wenn sich der Schüler individuell überhaupt keinen Vorwurf machen dürfe, weil er hier Leidtragender und Opfer von staatlichem Handeln, von Fehlern sei.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Kein Schüler hat einen Nachteil!)

Nach seinem Gerechtigkeitsempfinden fände er es sehr fair, wenn die Entscheidung, ob man zu einer Nachschreibeklausur antrete oder nicht, in Kenntnis dessen getroffen werde, was man denn bei der fehlerhaften und zu kritisierenden Klausur für eine Note erzielt hätte. Man könne sich ja sehr leicht verschätzen. Es sei auch immer eine Frage, wie das nachher insgesamt in der Verteilung bewertet werde. Wenn von öffentlich-staatlicher Seite aus belegbar Fehler gemacht worden seien, die so gravierend seien, dass die Ministerin sage, es müsse ein Nachschreibangebot geben, müsse man so fair mit den jungen Menschen umgehen, dass man ihnen die Note des ersten Durchgangs bekanntgebe, damit sie vor dem Hintergrund die Entscheidung für den weiteren Durchgang für sich treffen könnten.

Wenn er es richtig verstanden habe, sei die Prüfkommision nicht für die Nachschreibeklausur tätig geworden. Wenn das so sei, frage er, warum gerade hier dieser Durchgang durch die Prüfkommision unterlassen worden sei mit der Konsequenz, dass auch im Wiederholungstermin Fehler aufgetreten seien.

Renate Hendricks (SPD) meint, heute Morgen sei deutlich geworden, dass diese Diskussion nicht dem Zweck diene, die Fehler im Abitur aufzudecken. Sie seien ja längst bekannt und seien professionell vom Ministerium als Chefsache behandelt worden. Man habe mit den Schulen kommuniziert, und zwar in der Weise, dass die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer wahrgenommen worden sei und man sich konstruktiv mit den Schulen auseinandergesetzt habe.

Heute Morgen sei es um die Vergangenheitsbewältigung gegangen. Das sei aus dem Beitrag von Herrn Solf und auch aus dem Beitrag von Herrn Witzel deutlich geworden. Vergangenheitsbewältigung habe nicht nur etwas mit den Äußerungen von Frau Löhrmann und nicht nur mit den Äußerungen der damaligen Oppositionspolitiker zu tun, sondern auch mit den Äußerungen der damaligen Schulministerin und dem Verhalten des Staatssekretärs. Sie erinnere daran, wie man mit der Frage des Oktaeders umgegangen sei. Frau Sommer habe gesagt, Probleme habe es an klar erkennbaren Standorten gegeben. Sie habe denjenigen Schuld zugewiesen, denen keine Schuldzuweisungen gebühre.

Sie habe gesagt, dass die Aufgabe lösbar gewesen wäre. Sie habe völlig anders argumentiert als Frau Löhrmann. Sie habe dann gesagt, dass man einen Neuschreibetermin deshalb gemacht habe, um ein zeitaufwendiges Widerspruchsverfahren zu verhindern – ganz anders hier. Es sei im Sinne der Schülerinnen und Schüler gehandelt worden. Die Professionalität stelle sie sich so vor, dass für die jungen Menschen am Ende das Beste herauskomme und man nicht gucke, wie man sich als Ministerium einen schlanken Fuß mache. Sie würde sich sehr wünschen, dass die Vergangenheitsbewältigung hier ein Ende habe, dass man in die Analyse eintrete. Jetzt müsse man sich konstruktiv auf die Zukunft richten. Mit nichts anderem komme man weiter. Wenn der Opposition nichts anderes einfalle, werde man damit leben müssen. Ihrer Fraktion gehe es darum zu überlegen, wie man konstruktiv damit umgehe. Auch gehe es darum, wie man für die Schulen und die jungen Menschen am Ende eine Situation habe, die keine Nachteile für sie bringe.

Klaus Kaiser (CDU) meint, wer die Argumente der Ministerin und der Regierungsfractionen höre, wisse, dass man sich im dunklen Keller befinde und durch lautes Singen die eigene Angst und Unsicherheit über die eigenen Fehler zu übertönen versuche.

Wenn man zurückblicke, sehe man die Unterschiede. Wenn man einmal nachlese, wie damals hysterisiert und skandalisiert worden sei, wie die Fehler beim Zentralabitur, das als neues Instrument unter der alten Regierung eingeführt worden sei, bewertet worden seien, dann müsse man feststellen, dass es keine Gnade gegeben habe. Es sei auch nicht das große Interesse am Schüler gewesen, sondern es sei – das habe Michael Solf auch gesagt – darum gegangen, eine Frage zu skandalisieren.

Als der Fehler in Mathematik im ersten Durchgang aufgetreten sei, habe die Opposition damals nichts gesagt. Man habe sich erst eingeschaltet, als der Nachprüftermin für 3.000 Schülerinnen und Schüler anberaumt worden sei. Frau Ministerin Löhrmann habe gesagt: „Es heißt noch einmal Prüfungsdruck, noch einmal Pauken. Und wegen ihrer viel zu späten Reaktion haben sie den gesamten Stoff gerade mal eine gute Woche zur erneuten Vorbereitung. Die Schülerinnen und Schüler mussten nachsitzen. Das haben Sie 3.000 Schülerinnen und Schülern zugemutet.“

Dass bei einem Nachschreibtermin Fehler auftauchten, sei an Peinlichkeit nicht zu überbieten. Das könne man auch durch nichts rechtfertigen. Da könne man nur eine dicke Entschuldigung abgeben. Da sei Demut angesagt. Er frage, warum, wo der Ministerin das Thema doch so wichtig sei, vorher nicht evaluiert worden sei, ob die Wege richtig seien. Er frage, ob es auch Fehler in anderen Fächern gegeben habe, über die man bis heute noch nicht informiert worden sei.

Nach Ansicht von **Dr. Gerd Hachen (CDU)** hat das, worüber man hier diskutiere, einen ernsten Hintergrund. Der konkrete Hintergrund sei der, dass hier sehr leicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könne, dass die Ministerin angesichts ihres massiven Bemühens, die Schulstruktur im Lande zu ändern, mit den einfachen handwerklichen Umsetzungen der Dinge, die im Schulsystem notwendig seien, überfordert sei. Dafür gebe es Anzeichen.

Die Ministerin habe eben gesagt, sie habe sich relativ sorglos auf den Abitur-TÜV verlassen, weil er in den letzten Jahren gut funktioniert habe. Er lasse es einmal so stehen, ob es sinnvoll sei, sich einfach darauf zu verlassen.

Die Ministerin habe die Verschickungsverfahren angesprochen. Das sei auch massiv kritisiert worden. Die Ministerin habe dargestellt, dass sie bewusst das offene Verfahren gewählt habe, um den Umgang an den Schulen zu erleichtern. Man könnte auch pointiert sagen, dass sie dabei den kommunikativen Umgang in den Schulen erleichtere. Dieser Punkt könnte problematisch sein. Ein einfacher Zugang könne auch kommunikativer Zugang sein. Das sei wiederum ein Punkt, bei dem man leicht in die Gefahr komme, gefragt zu werden, wie es mit dem Qualitätsanspruch aussehe.

Frau Löhrmann sage immer, sie wolle Gerechtigkeit und Qualität an Schulen hochhalten. Letztendlich wisse man, dass die Ministerin bei diesem Zentralabitur die

Fremdkorrektur bis auf das Fach Gemeinschaftskunde zurückgenommen habe, so dass man an der Stelle auch mehr kommunikative Möglichkeiten an den Schulen vor Ort habe. In der Öffentlichkeit könnte sehr leicht der Eindruck entstehen, dass ein gewisses System dahinter stehe. Die Ministerin sage sehr häufig, ihr primäres Ziel sei es, möglichst viele Abschlüsse zu produzieren. Es wäre doch angebracht, diesem Eindruck deutlich entgegenzutreten.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) meint, jetzt gehe einiges durcheinander. Sie nehme Kritik an, dafür sei sie auch bekannt. Sie habe kein Problem damit, etwas zu bedauern und sich für etwas zu entschuldigen. Das habe sie bereits getan, ohne dass sie dazu irgendjemand hätte auffordern müssen. Das zum Stil.

Jetzt komme noch Verfolgungswahn dazu. Sie habe schon nicht den Konnex zu dem Parteitag ihrer Partei verstanden. Da habe sie doch nur die Gymnasien ausdrücklich gelobt und die Solidarität bekundet. Sie bitte, die dort anwesenden Journalistinnen und Journalisten zu fragen. Das habe sie auch nicht mit Blick auf die heutige Sitzung getan.

Sie habe im Übrigen kein offenes Verfahren beim Versenden der Schul-Mails gewählt. Dieses Verfahren sei auch nicht erst jetzt eingeführt worden. Das habe es auch schon früher gegeben. Es gebe eine Kodierung, einen alleinigen Zugang durch den Schulleiter oder ihm vertraute Personen. Sie stelle die Schulleiterinnen und Schulleiter nicht unter Generalverdacht. Man habe sicherstellen wollen, dass die eine Seite, auf der der Fehler gestanden habe – statt 10 habe es 15 geheißen –, problemlos kopiert werden können, an die Schüler habe gegeben werden können, damit die Schüler eine saubere, vernünftige Aufgabe vorgefunden hätten. Das sei der Hintergrund gewesen. Man habe das abgewogen. So sei auch schon in der Vergangenheit verfahren worden. Es habe auch keine anderen Abläufe gegeben.

Zu den Abläufen in diesem Jahr: Es habe auch die Überlegung gegeben, die schriftlichen Abiturprüfungen schon vor den Osterferien anzufangen. Bereits im Jahre 2009 sei von der Vorgängerregierung aufgrund der Wünsche der Landeselternschaft der Gymnasien entschieden worden, das so und nicht anders anzulegen. Allein das sei der Grund dafür, dass es so wenige Kontrollmöglichkeiten oder Zweitkorrekturmöglichkeiten gebe. Das gehe auf die Entscheidung der Vorgängerregierung zurück. Sie lege ausdrücklichen Wert darauf, das hier festzuhalten, damit hier keine Legendenbildung entstehe, sie würde irgendwelche Abstriche an der Qualität des Abiturs machen.

(Dr. Gerd Hachen [CDU]: Ein einmaliger Vorgang!)

– Sie wisse nicht, wie die Abläufe entschieden worden seien für das Abitur, was jetzt schon in Arbeit sei. Sie wolle das in aller Klarheit richtigstellen. Man könne sich über Fehler, die gelaufen seien, und Probleme, die entstanden seien, gerne streiten. Sie bitte aber, keine Legenden zu bilden, die zum Schaden des Zentralabiturs stattfänden.

An Herrn Witzel gewandt, fährt die Ministerin fort, die Entscheidung, dass für die Neuschreibklausur – das sei etwas anderes als eine Nachschreibklausur – die unab-

hängige Prüfungskommission nicht zu beteiligen sei, sei von der Vorgängerregierung getroffen worden. Das seien zwei völlig getrennte Verfahren. Die Frage habe sie so nicht gestellt, wie Herr Witzel sie gestellt habe. Sie habe dargelegt, warum das Ministerium sich genau für diese Variante entschieden habe. Wenn sie andersherum entschieden hätte, dass man zuerst die Note habe und dann entscheiden könne, dann hätte man genauso begründen können, dass das eine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler sei, für die sich diese Problemlage gar nicht gestellt habe.

Man habe das abgewogen und habe sich auch relativ sicher gefühlt, weil zum Beispiel der Philologen-Verband deutlich gemacht habe, in 80 % bis 90 % der Fälle habe es keine Probleme gegeben. Auch deswegen sei der Vergleich mit dem Oktaeder des Grauens nicht angemessen. Es habe auch Hinweise gegeben, dass sie aus pädagogischen Gründen überhaupt keine Maßnahme hätten treffen müssen. Daraufhin habe man abgewogen, sich rückgekoppelt mit den entsprechenden Gruppen und dann unter Abwägung der verschiedenen Dinge, die vorgetragen worden seien, diese Regelung getroffen, um den Schülerinnen und Schülern, die davon ausgegangen seien, möglicherweise hätten die Lehrer eine etwas einfachere Aufgabe ausgesucht, diese Möglichkeit gegeben. Die meisten seien damit offensichtlich verantwortlich umgegangen und hätten das für sich so entschieden.

Herr Kaiser habe sich bereits nach dem ersten Bekanntwerden öffentlich geäußert und das kritisiert, nicht erst nach Auftreten des zweiten Fehlers. Sie glaube, dass man gut daran täte, das ausführlicher zu tun. Zu der Frage, welche anderen Fehler es noch gebe: Da gebe es einige. Einige seien bekannt. Die Abiturprüfungen liefen noch. Es könne sein, dass noch welche dazukämen. Sie werde dem Ausschuss die Dinge, sobald sie bekannt seien, zusammenstellen lassen. Dann sollte man darüber diskutieren. Es mache schon einen großen Unterschied, ob man Fehler leugne und versuche wegzutun – bis hin zu Androhungen von juristischen Auseinandersetzungen ihr gegenüber damals, die der Vorgänger-Staatssekretär vorgenommen habe. Offensichtlich sei er nur durch Herrn Krautscheid oder Herrn Berger davon abzubringen gewesen. Sie wisse sehr genau, wovon sie rede. Dieser Vergleich sei nicht fair. Wenn Herr Kaiser seine Pressemitteilung schon gemacht habe, dann spreche das auch nicht für ihn.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

be/22.06.2011/29.06.2011

161

